

der Führungstätigkeit der Ideologischen Kommission verbessert werden muß.

An der 24. Oberschule trat die ganze Problematik, vor der wir standen, plötzlich offen zutage. Eine junge Lehrerin hatte die „ideologische Windstille“ und die „mangelnde Kollektivität“ an der Schule öffentlich kritisiert. Unter den Lehrern brach ein Sturm der Entrüstung los; denn diese Kritik war hart.

Uns ist bekannt gewesen, daß an dieser Schule qualifizierte Genossen arbeiten und daß die Mitgliederversammlungen regelmäßig durchgeführt werden. Woher also dieser Widerspruch?

Als die Mitglieder der Ideologischen Kommission — auch mit Hilfe anderer Genossen — u. a. an mehreren Leitungssitzungen, Mitgliederversammlungen teilgenommen und auch zahlreiche individuelle und kollektive Aussprachen mit Lehrern und Eltern geführt hatten, zeigte sich, wo letztlich die Ursachen der ideologischen Windstille lagen. Wenn man sie zusammenfaßt, so sind es hauptsächlich folgende:

Die Schulparteiorganisation der 24. Oberschule hatte zwar stets die Parteidokumente behandelt, doch sich in der Auswertung mit den Kollegen oftmals nur auf jene Abschnitte beschränkt, die die Volksbildung betrafen. Wohin führt es aber, wenn die Aufgaben der Schule nicht im Zusammenhang mit den ökonomischen und politischen Problemen gesehen werden? Wenn die Lehrer beispielsweise nicht über den Volkswirtschaftsplan 1364 oder über die Entwicklung in Westdeutschland (4. Plenum!) informiert werden? Wenn die Parteibeschlüsse nicht in ihrem vollen Umfang studiert, diskutiert und mit allen Lehrern ausgewertet werden; wenn eine Parteileitung nur auf die rein schulorganisatorischen und fachlich-methodischen Probleme orientiert, wie soll sich, so muß man fragen, die politische Bildung der Lehrer erhöhen? Wie soll dann der Lehrer die vielen Fragen der Schüler, die ja oft auch aus dem Elternhaus kommen, parteilich beantworten können?

Die Erfahrungen lehren, daß sich eine solche Arbeitsweise einer Parteileitung

in vielerlei Hinsicht negativ auswirkt. Schon das Studium der Parteibeschlüsse durch die Genossen erfolgt oberflächlich; kein schöpferischer Meinungsstreit entsteht (auch nicht im Pädagogischen Rat!), und die Weiterbildung der Lehrer wird unzulässig eingengt und nur auf die fachlich-methodische Ausbildung beschränkt.

Die Parteileitung an der 24. Oberschule hatte es auch demzufolge nicht verstanden, die Mitgliederversammlungen zu Foren der Parteierziehung zu machen und den Genossen Aufgaben zu stellen, damit die Beschlüsse strikt erfüllt werden. Dadurch entwickelte sich keine kritische Atmosphäre an der Schule, die Kollektivbildung wurde gehemmt.

Die Aussprachen mit den Lehrern der 24. Oberschule zeigten, daß sie ehrlich bemüht sind, die Bildungs- und Erziehungsziele der Partei zu erreichen. Doch durch eine oberflächliche Arbeit der Partei- und auch der Schulleitung wurde ihr Bemühen nicht genügend gefördert.

Die Ideologische Kommission beriet mit der Parteiorganisation, wie sie arbeiten muß. Die Parteileitung stellte einen Arbeitsplan auf, der, von der konkreten Situation und den realen Kräften ausgehend, die politisch-ideologische Arbeit zur Durchsetzung der Parteibeschlüsse in den wesentlichsten Punkten festlegt.

Für die politische Bildung der Lehrer spielt dabei das Parteilehrjahr eine bedeutende Rolle. Mit Hilfe der Gewerkschaftsgruppe konnten auch die parteilosen Lehrer dafür gewonnen werden. Die Parteileitung wird darauf achten, daß die speziellen theoretischen Probleme des Schulbereiches mit behandelt werden und ein echter Meinungsstreit gefördert wird. Die theoretischen Seminare der Lehrer sollen sich auf die politische Erziehung der Schüler auswirken!

Die Parteileitung hat darüber hinaus für jede Klassenstufe Genossen Lehrer eingesetzt, die mit allen Lehrern das politische Gespräch führen und ihnen täglich helfen, daß auch sie, wie es Lenin einmal sagte, zu Agitatoren unserer Weltanschauung werden. Gleichfalls wird dadurch der Meinung entgegengewirkt, für die staatsbürgerliche Erziehung seien doch